

Die Krise als Chance 13.10.2015



MINSK/BERLIN (Eigener Bericht) - Die EU setzt ihre Sanktionen gegen Belarus für zunächst vier Monate aus. Dies haben die EU-Außenminister am gestrigen Montag auf Drängen Berlins beschlossen. Hintergrund sind gravierende Schwierigkeiten wirtschaftlicher wie außenpolitischer Art, mit denen Minsk als Folge des Ukraine-Konflikts zu kämpfen hat. Weil Russland ökonomisch in der Krise steckt, ist der Absatz belarussischer Waren dort massiv eingebrochen; das macht die Suche nach alternativen Märkten unumgänglich. Zudem fürchtet Präsident Aljaksandr Lukaschenka, Belarus könne durch das übermächtige Moskau seiner Eigenständigkeit beraubt werden, und steigert sein Bemühen um eine aktive Außenpolitik. Für beides ist eine Intensivierung der Beziehungen zum Westen unumgänglich. Im Berliner Polit-Establishment werden die Entwicklungen in Minsk sorgfältig beobachtet; es gebe mittlerweile durchaus "Erfolgchancen", "strukturelle Veränderungen" in Belarus durchsetzen zu können, urteilten Fachleute kurz vor der Präsidentenwahl am Sonntag. In der Hoffnung, Minsk von Moskau lösen und intensiver in die westliche Hegemonialsphäre einbinden zu können, hat Außenminister Frank-Walter Steinmeier für die Aussetzung der Sanktionen plädiert. Für die Berliner Polit-PR ein wenig unangenehm ist, dass die neue Literatur-Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch - ganz auf Linie der bisherigen EU-Politik - ausgerechnet jetzt vor der Lockerung der Sanktionen warnt.

Kollateralschäden des Ukraine-Konflikts

Hintergrund für die Überlegungen in Berlin und Brüssel, die Sanktionen gegen Minsk zu lockern, ist die Entwicklung von Belarus im Schatten des Ukraine-Konflikts. Zum einen ist das Land durch den Konflikt ökonomisch stark unter Druck geraten. Die russische Wirtschaft leidet unter dem Wegbrechen des Ukraine-Geschäfts wie auch unter den westlichen Sanktionen; dies wiederum schadet Belarus, dessen Ökonomie in hohem Maß von Russland abhängig ist. 2014 wickelte das Land 49,9 Prozent seines Außenhandels mit dem östlichen Nachbarstaat ab; dabei waren die Ausfuhren nach Russland im Vergleich zu 2013 bereits um 8,9 Prozent gesunken.[1] In den ersten sechs Monaten 2015 schrumpfte das bilaterale Handelsvolumen weiter auf nur noch 73,3 Prozent des Vorjahreswerts. Die Ausfuhren nach Russland gingen sogar auf 66,7 Prozent des Vergleichszeitraums zurück. Prognosen besagten, Minsk müsse dieses Jahr zum ersten Mal seit 20 Jahren mit dem Schrumpfen seiner Wirtschaft um bis zu 2,3 Prozent rechnen, heißt es in einer Analyse der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Weil "der russische Markt aufgrund des dortigen staatlichen Programms des Importersatzes nicht so schnell seine Größe von 2013 erreichen" werde, müssten "die außenpolitischen Bemühungen Belarus' darauf zielen, langfristig alternative Absatzmärkte zu erkunden" - China, aber auch die EU oder die Vereinigten Staaten. Allerdings sei dies "ohne eine tiefgreifende wirtschaftliche Modernisierung" unmöglich.

Pragmatische Annäherung

Jenseits der wirtschaftlichen Probleme befindet sich Belarus seit Beginn des Ukraine-Konflikts auch außenpolitisch in einer überaus schwierigen Lage. Minsk besteht seit je trotz des starken russischen Einflusses im Land auf einer gewissen Eigenständigkeit - und reagiert daher ablehnend auf allzu starken russischen Druck gegenüber Nachbarländern, da es von russischem Druck jederzeit selbst getroffen werden könnte. Entsprechend hat Staatspräsident Aljaksandr Lukaschenka im vergangenen Jahr die ukrainische Umsturzregierung anerkannt - entgegen russischem Drängen - und sich zunächst klar für die territoriale Integrität der Ukraine ausgesprochen. Außerdem hat er sich dem von Moskau verhängten Wirtschaftsembargo gegen den Westen verweigert. Darüber hinaus hat Minsk, um sich eine Art Rückversicherung gegen Moskau zu schaffen, sich dafür stark gemacht, "das Programm der Östlichen Partnerschaft der EU neu zu bewerten", heißt es in der DGAP-Analyse; seit dem vergangenen Jahr nähern sich Belarus und die EU "aus pragmatischem Interesse wieder an".[2] Minsk habe nun spürbare Zugeständnisse gemacht und am 22. August "alle politischen Gefangenen ... freigelassen"; "eine der

wichtigsten Hürden für eine Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen" sei damit überwunden worden.

Aktive Außenpolitik

Im Zusammenhang mit Minsks Bestreben, enger mit dem Westen zu kooperieren, "können die außenpolitischen Bemühungen Belarus' um die Lösung der Ukraine Krise gesehen werden", heißt es in der DGAP-Analyse.[3] "Die Etablierung des Minsker Formats als Verhandlungsplattform" für die Lösung des Ukraine-Konflikts habe "zweierlei wichtige Ergebnisse mit sich gebracht". Zum einen habe Lukaschenka "nach innen ... an Zuspruch" gewonnen; zum anderen habe er mit seiner Vermittlertätigkeit "nach außen ... ein Zeichen für mehr selbständige Außenpolitik im GUS-Raum gesetzt". Nicht umsonst habe der belarussische Präsident bei einem Besuch in Georgien Ende April erklärt, "zwischen Russland und Georgien vermitteln zu wollen", heißt es bei der DGAP. "Belarus versucht, eine aktive Außenpolitik zu betreiben", resümiert die Autorin der Analyse: "Das Minsker Format untermauert die belarussischen Bemühungen um eine Außenpolitik, die in mehr Richtungen als nur die russische strahlt."

Handlungsdruck

Hieran knüpfen nun westliche Strategen an. Im deutschen Polit-Establishment wird die Krisenpolitik der belarussischen Regierung sorgfältig beobachtet. "Das offizielle Minsk äußert durchaus Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen" zum Westen, hieß es schon Ende 2014 in den an der Universität Bremen herausgegebenen "Belarus-Analysen". Allerdings könne die gewünschte "außenpolitische Unterstützung" für Belarus gegen Russland "nur im Falle einer maximalen Annäherung an die EU und die USA erzielt werden". Für die Hoffnung, dass Minsk dazu bereit sein könne, gebe es jedoch "derzeit keine Grundlage".[4] Im März 2015 gaben sich die "Belarus-Analysen" bereits optimistischer. "Die belarussische Vermittlerrolle im Ukraine-Konflikt hat die Aussichten auf eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und dem offiziellen Minsk erhöht", hieß es damals: Es bleibe "abzuwarten, ob die belarussische Führung sich weiterhin darauf beschränkt", nach einem "Modus zur Aufrechterhaltung des Status quo zu suchen", oder ob der "Problemdruck die Reformkräfte innerhalb der herrschenden Eliten so stärkt, dass strukturelle Veränderungen ... unter aktiver Einbeziehung privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure angegangen werden können".[5] Kurz vor den Präsidentenwahlen hieß es dann, zwar bleibe "die strukturelle Reformbereitschaft des Regimes vorerst gering"; doch seien "der objektive Handlungsdruck ebenso wie die Erwartungshaltung in der Bevölkerung ... erkennbar gestiegen". "Konditionierte EU-Politik" habe damit nun endlich "wieder begrenzte Erfolgchancen".[6]

Kurswechsel

Die Meinung, man könne wieder einmal versuchen, Belarus von Russland zu lösen und es in die westliche Hegemonialsphäre hinüberzuziehen, hat sich in Berlin nun durchgesetzt. Außenminister Frank-Walter Steinmeier stellte, an einen Beschluss auf EU-Ebene von Freitag anschließend, schon vor dem gestrigen EU-Außenministertreffen eine Lockerung der EU-Sanktionen in Aussicht. Seine Amtskollegen haben am gestrigen Montag formell beschlossen, die Sanktionen für zunächst vier Monate auszusetzen.

Ein wenig zu spät

Für die Berliner Polit-PR ein wenig unangenehm ist, dass die frisch gekrönte Literatur-Nobelpreisträgerin vor einer Lockerung der Sanktionen warnt. Lukaschenkas Regierungsstil sei eine "sanfte Diktatur", erklärte Swetlana Alexijewitsch am Wochenende; Brüssel müsse an seinen Belarus-Sanktionen festhalten.[7] Dies liegt auf der Linie, die die EU in den vergangenen Jahren vertreten hat, kommt aber aus deutsch-europäischer Sicht ein wenig zu spät: Die Hoffnung, Belarus in Gesprächen mit der Regierung zu einer Anpassung an den Westen veranlassen zu können, lässt die Opposition, die bislang im Zentrum der Propaganda Berlins und Brüssels gestanden hat, für die nächste Zeit an den Rand der Debatte rücken.

[1], [2], [3] Maria Davydychik: Emanzipationskurs mit Hindernissen. DGAP-Analyse Nr. 12, Oktober 2015.

[4] Andrej Fjodorau: Wachsende Angst vor Souveränitätsverlust. Belarus-Analysen Nr. 19, 17.12.2014.

[5] Astrid Sahn: Nach Minsk-2. Belarus-Analysen Nr. 20, 23.03.2015.

[6] Astrid Sahn: Belarus vor den Präsidentschaftswahlen: Zwischen Stagnation und Wandel. Belarus-Analysen Nr. 22, 25.09.2015.

[7] EU will Sanktionen gegen Lukaschenko aussetzen. www.zeit.de 12.10.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com